

Luzern sucht neuen Weg in die Zukunft

FUSION Sämtliche möglichen Fusionspartner haben der Stadt Luzern einen Korb gegeben. Am Sonntag als letzter auch Emmen. Luzerns Stadtpräsident ist tief getroffen.

CHRISTIAN BERTSCH
christian.bertschi@luzernerzeitung.ch

Der Alltag geht weiter. Auch für den Luzerner Stadtpräsidenten Urs W. Studer. Einen Tag nach der Absage Emmens zu Fusionsverhandlungen mit der Stadt Luzern hatte er gestern einen normalen Arbeitstag mit Sitzungen. Aus Zeitgründen lehnte er einen Interviewtermin mit unserer Zeitung ab, beantwortete eine Reihe von Fragen imhinhin schriftlich. Am Sonntag wirkte Studer niedergeschlagen. Wie geht es ihm am Tag danach? «Nicht wirklich besser», sagt er.

Die Angst vor den Städtlern

Als letzte übrig gebliebene Gemeinde von ehemals fünf möglichen Partnern aus dem Projekt «Starke Stadtregion» hat Emmen am Sonntag mit 53,6 Prozent Nein gesagt zur Aufnahme von Fusionsverhandlungen mit der Stadt Luzern. Über die Gründe für dieses Nein mag Studer nicht rätseln. «Das müssen Sie Emmen fragen», antwortet er auf eine entsprechende Frage. Die negativen

Entscheidung in Kriens, Ebikon und Adligenswil vom letzten November hätten aber zweifellos zum Emmer Ergebnis beigetragen. Und Studer vermutet, dass die Stadt den Nachbarn Angst eingeflösst habe. «Die Angst vor der sachpolitischen Majorisierung an der Urne oder im Parlament ist aber unbegründet. Sie lässt nämlich ausser Acht, dass sich in einer grösseren Stadt die Mehrheit der Stimmbürgerschaft für das ganze Gebiet verantwortlich fühlt.»

Stratägische Strategie gescheitert

Die Strategie des Stadtrates, mittels Fusionen das Stadtgebiet zu erweitern und dadurch auch national mehr Einfluss zu erhalten, ist seit dem Sonntag definitiv gescheitert. Nur gerade Litau hat sich 2007 für den gemeinsamen Weg mit Luzern entschieden. Und dies, obwohl sich Stadtpräsident Studer jeweils an vorderster Front und Innst für Fusionen ausgesprochen hat. Eine Fusion sei die reinste Form der Zusammenarbeit, pflegte er jeweils zu sagen. Ist das Scheitern für ihn auch eine persönliche Niederlage? Studer: «Ja, das ist eine persönliche Niederlage; vielleicht tatsächlich eine der grössten meiner vier Amtszeiten.» Doch auch wenn eine Gebietsverweiterung nicht möglich sei, so müsse Luzern trotzdem nicht als «KleinStadt» weiterleben. «Eine prosperierende Entwicklung der Zentrumsstadt Luzern ist zweifellos noch möglich, indes vielleicht etwas verlangsamter. Für schweizerische Verhältnisse ist Luzern aber mit über 77 500 Einwohnern keine

KleinStadt, sondern einwohnermässig die siebtstärkste Stadt der Schweiz», rechnet Studer vor.

Enttäuscht über das Nein aus Emmen zeigt sich auch GLP-Fraktionschefin Manuela Jost. «Gerade aus raumplanerischer Sicht wäre ein Zusammengehen mit Emmen eine Chance gewesen», sagt sie. Das Thema Fusion dürfe wegen der Absagen nicht togeschwiegen werden, in den nächsten zwei Jahren werde es



«Eine neue Fusionsinitiative wird kaum mehr von der Stadt Luzern ausgehen.»

URS W. STUDER,
STADTPRÄSIDENT LUZERN

aber kaum aufs Parkett gebracht werden. Auch Edith Lanfranconi, Fraktionschefin der Grünen, möchte das Thema Fusionen nicht gänzlich aus den Augen verlieren. «Man darf nicht vergessen, dass ein relativ grosser Anteil der Emmerinnen und Emmer sich ein Zusammengehen mit Luzern hätte vorstellen können.»

Unterstützung erhalten sie von Stadtpräsident Urs W. Studer: «Das Potenzial der Fusionswilligen in den Nachbargemeinden wird wachsen, und die Sache wird (vielleicht schon bald) wieder aufs Tapet kommen, nämlich dass ein Zusammenschluss nach wie vor das Richtige wäre. Die entsprechende Initiative wird allerdings kaum mehr von der Stadt ausgehen.»

Neue Regionalpolitik gefordert

Die FDP fordert vom Stadtrat die Ausarbeitung einer neuen Regionalpolitik. «Die Stadt hat die Hand weit ausgestreckt und ist nicht zum Ziel gelangt. Nun müssen wir uns überlegen, wie eine Wachstumsstrategie für eine KernStadt, die nur noch wenig frei verfügbares Land hat, möglich ist», sagt Fraktionschef Martin Merki. Es sei auch zu prüfen, ob Stadtluzerner für Leistungen weniger zahlen müssten als Auswärtige. Einen entsprechenden Vorschlag hat die FDP kürzlich zu den Eintrittspreisen im Hallenbad gemacht. Von denselben Leistungen spricht auch CVP-Fraktionschef Thomas Gnür. «Deshalb gilt es, an einem runden Tisch herauszufinden, ob die Agglo Gemeinden überhaupt ein Interesse an einer Zusammenarbeit mit Luzern haben.» Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind laut Luzia Vetterli von der SP-Fraktion bereits ausgezirt: «Wirkliche Synergien hätte es nur bei einer Fusion gegeben.»

Im Sinne der SVP sei die Abstimmung ausgegangen, sagt deren Fraktionschef Marcel Lingg: «Obwohl die Bevölkerung

CVP erwartet eine Aufarbeitung

VORSTOSS ch. Was kann aus dem Projekt «Starke Stadtregion» gelernt werden? Diese Frage stellt CVP-Grossratrat Albert Schwarzenbach namens seiner Fraktion in einer gestern eingereichten Interpellation. Nach dem Scheitern von Fusionsverhandlungen will die CVP wissen, ob der Stadtrat es als richtig erachtet, über Fusionsverhandlungen abstimmen zu lassen. «Die Bevölkerung musste über ein Geschäft entscheiden, bei dem viele wichtige Fragen unbeantwortet blieben. Im Fall Litau-Luzern äusseren sich die Stimmberechtigten einzig zur Fusion», sagt Schwarzenbach. Ausserdem soll der Stadtrat beantworten, in welchen Bereichen eine verstärkte regionale Zusammenarbeit möglich wäre.

entschieden hat, dass die Gemeinden ihre Eigenständigkeit behalten sollen, macht es sicher Sinn, in einigen operativen Tätigkeiten zusammenzuarbeiten. Die Stadt darf den Agglo Gemeinden jedoch keine Verträge aufzwingen.» Andererseits sei die Stadt auch nicht verpflichtet, alle Anfragen für eine verstärkte Zusammenarbeit anzunehmen. MITARBEIT ALEXANDER VON DÄNIKEN